

Humane Flüchtlingspolitik im Einwanderungsland?

Globaler Hintergrund

Weltweit sind fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Not, Vertreibung - so viele waren es seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr. Syrien ist aktuell weltweit der traurige Spitzenreiter mit 3,8 Millionen Flüchtlingen. Die meisten Menschen werden von den Nachbarstaaten aufgenommen: Im armen Libanon leben über 1,15 Millionen (bei vier Millionen EinwohnerInnen), in der Türkei über 1,5 Millionen Flüchtlinge. In die Bundesrepublik kamen 2014 fast 40.000 Menschen aus Syrien, insgesamt haben hier im letzten Jahr 175.000 Menschen einen Antrag auf Asyl gestellt.⁽¹⁾

Im Verhältnis zur Zahl der Einwohnenden liegt der Libanon damit auf Platz 1 der Zuflucht bietenden Staaten. Die Bundesrepublik liegt auf dem 50. Platz!

Innerhalb Europas kam die BRD 2014 auf Platz 12, hinter der Türkei (1), Malta (3), Montenegro (4).

Die Bundesrepublik schottet sich nach Möglichkeit ab

Obwohl die Bundesrepublik größer und wirtschaftlich weit stärker ist, als die genannten Staaten, nimmt sie viel weniger Flüchtlinge auf. Dieses Verhalten des weltweit drittgrößten Waffenexporteurs findet neben Menschenrechtsorganisationen auch DIE LINKE verantwortungslos.⁽²⁾

Dublin III (Abkommen der EU zur Asylpolitik) ermöglicht es den Staaten ohne offene Grenzen zu Afrika und Asien, die Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen auf die EU-Randstaaten abzuschieben. Danach ist der Staat zuständig, in dem erstmals EU-Territorium betreten wurde. Oft durchqueren die Betroffenen auf der Suche nach Schutz mehrere EU-Staaten, werden immer wieder abgeschoben, werden immer wieder obdachlos oder inhaftiert.⁽³⁾



Die Bundesregierung versucht Flüchtlinge, die es bis hier geschafft haben, schnellstmöglich loszuwerden. Maßnahmen zur »Verkürzung der Verfahrens- und Aufenthaltsdauer« ermöglichen eine schnellere Abschiebung. Die Regierung fordert die Bundesländer auf, den Betroffenen den Abschiebungstermin zu verschweigen, die Anforderungen an Atteste über Erkrankungen, die eine Abschiebung verhindern könnten, so hoch zu schrauben, dass sie kaum mehr zu erfüllen sind. Familien werden auseinandergerissen, wenn nur ein Teil der Familie angetroffen wird.

Inhumane Unterbringung

Bund und Länder weigern sich nach wie vor, den Kommunen Kosten in ausreichender Höhe zu erstatten. Die Behörden waren und sind auf

die Zahl der Menschen nicht vorbereitet.

Situation in Krefeld – sind Flüchtlinge und EinwandererInnen willkommen?

So werden die meist traumatisierten Kriegsflüchtlinge u.a. in Turnhallen, leeren Schulen oder Containern untergebracht.⁽⁴⁾

1.500 Flüchtlinge leben mittlerweile in unserer Stadt. Monatelang müssen diese Menschen in Sammelunterkünften in den Turnhalle an der Lindenstraße oder Gerberstraße, im ehemaligen Seniorenheim an der Westparkstraße oder in der „Don-Bosco-Schule“ auf eine Wohnung warten. Bis Ende 2015 wird sich die Zahl der Flüchtlinge auf mindestens 1800 erhöhen. Die Verwaltung hat

seit 2013 kaum etwas zur Vorbereitung auf die großen Flüchtlingszahlen getan, - weder baulich noch personell.

Dabei erfahren die Flüchtlinge vielfältige Hilfen durch solidarische KrefelderInnen und Organisationen. Diese geben Geld- und Sachspenden und/oder stellen ihre Freizeit zur Verfügung, um z.B. Flüchtlinge bei Behördengängen, Arztbesuchen usw. zu unterstützen.

Gerade bei Terminen im „Amt für Aufenthaltsrecht“ - so heißt die Krefelder Ausländerbehörde offiziell - ist Begleitung wichtig. Denn die Behörde ist für ihre Praxis berüchtigt. So hat die Krefelder „Ausländerrechtliche Beratungskommission“ ihre Zusammenarbeit mit der Behörde mangels Kooperationsbereitschaft eingestellt.⁽⁵⁾

Die Solidarität vieler KrefelderInnen macht Mut, auch für die weitere Arbeit nach dem Fest ohne Grenzen am 15.08.2015.

Hoffen lässt auch die Reaktion in unserer Nachbarschaft gegen fremdenfeindliche Parolen an einer Flüchtlingsunterkunft. Ca. 500 BürgerInnen demonstrierten am 18.07.15 in Vorst gegen Fremdenfeindlichkeit.⁽⁶⁾

DIE LINKE.Krefeld unterstützt die wachsende Solidarität für eine humane Flüchtlingspolitik. DIE LINKE ist als Friedenspartei gegen Waffenlieferungen und Kriegseinsätze der NATO. Mit ihrer imperialistischen Politik sorgen Nato, EU und Bundesrepublik dafür, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen um zu überleben.

Frieden und Menschenrechte für alle - statt Macht und Profite für wenige!

St. H.

Inhalt:

Seite 2: „Menschlichkeit vs Bürokratie!“
Interview mit einer ehrenamtlichen Helferin

Seite 3: Griechenland soll in die Knie gehen.
Zum Demokratieverständnis der CDU/CSU - SPD - Koalition

Seite 4: Das muss drin sein.
Die Kampagne der Partei DIE LINKE
Impressum

(1) Nach: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-60-millionen-menschen-weltweit-auf-der-flucht-a-1039321.html>

Zu den weltweiten Flüchtlingszahlen siehe auch: <http://www.unhcr.de/service/zahlen-und-statistiken.html>

(2) <http://linksfraktion.de/reden/hilfe-solidaritaet-fluechtlinge-syrien-irak/>

(3) PRO-ASYL u.a. fordern daher, den Flüchtlingen das Recht zu geben, selbst zu entscheiden, in welchem Staat sie Asyl beantragen wollen.

(4) www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/STARTSEITE/Memorandum_Dublin_deutsch.pdf

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der LINKEN Bundestagsfraktion forderte zuletzt im Juli 2015 die

humane Unterbringung der Flüchtlinge. [http://www.dielinke-nrw.de/index.php?id=3629&tx_ttnews\[tt_news\]=174945&cHash=&type=98](http://www.dielinke-nrw.de/index.php?id=3629&tx_ttnews[tt_news]=174945&cHash=&type=98)

(5) Siehe Artikel in der wz vom 28.02.15 auf der Presseseite des Krefelder Flüchtlingsrates:

<http://fluechtlingsrat-krefeld.de/der-fluechtlingsrat-in-den-krefelder-medien/>

(6) www.rp-online.de/nrw/staedte/toenisvorst/vorst-zeigt-flagge-gegen-fremdenhass-aid-1.5245554

„Menschlichkeit vs Bürokratie!“

Interview mit einer ehrenamtlichen Helferin

Inge Krämer unterstützt seit November 2014 ehrenamtlich die Flüchtlinge in der Turnhalle an der Lindenstr. Sie und andere Freiwillige leisten ohne Bezahlung viele Wochenstunden soziale Arbeit. Wir fragten sie nach ihren Erfahrungen.

Rote Krähe: Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den städtischen Angestellten, die auch für das Übergangswohnheim in der Turnhalle zuständig sind?

Inge Krämer: Nicht besonders gut. Bis April 2015 war ja das Rote Kreuz zuständig, da ging das ein bisschen besser, aber nachdem die Stadt die Betreuung übernommen hat, klappt das nicht mehr.

Rote Krähe: Wie läuft denn die Zusammenarbeit mit den drei Sozialarbeitern, die sich für das Sozialamt um die Unterbringung der Flüchtlinge kümmern?

Inge Krämer: Von Zusammenarbeit würde ich in dem Fall gar nicht reden. Zuerst hat die Stadt uns Auflagen gemacht, seit sie im April das Heim übernommen hatte. Damit wir weiter helfen durften, mussten wir erweiterte polizeiliche Führungszeugnisse vorlegen und die Zeiten und den Zweck der Besuche in der Halle angeben. Durch diese Anforderungen sind Ehrenamtler abgeschreckt worden.

Natürlich sind nur drei Sozialarbeiter für alle Flüchtlinge in Krefeld überfordert. Aber durch die fehlende Kommunikation wird die Arbeit nur erschwert.

Rote Krähe: Wo siehst Du den dringendsten Verbesserungsbedarf?

Inge Krämer: Der dringendste Verbesserungsbedarf ist erstmal, den Leuten, die teilweise schon seit Oktober 2014 in der Turnhalle, ohne jegliche Privatsphäre, leben müssen, ordentliche Wohnungen zu besorgen.

Der zweite Punkt wäre, endlich Sozialräume in irgendeiner Form zu schaffen. Dort könnte man sich z.B. mit den Flüchtlingen mal in privater Atmosphäre unterhalten. Denn nicht alle mögen ihre Lebensgeschichte vor Publikum erzählen. Auch Deutschunterricht könnte in den Sozialräumen gegeben werden.

Dann ist auch eine Lagermöglichkeit nötig für die ganzen Sachspenden, die wir von Krefelderinnen und Krefeldern bekommen. Denn die vielen Kleidungsstücke und anderen Sachen, welche die Leute uns eigentlich spenden wollen, müssen wir zurückweisen, da sie in der Turnhalle nicht angenommen werden. Das kann man auch verstehen, weil es da keine Schränke gibt, wo etwas aufbewahrt werden könnte. Das ist halt ein Raumproblem.

Insgesamt mangelt es sehr an Koordination. Von der Arbeit des seit Januar eingerichteten Koordinierungskreises haben wir noch nichts mitbekommen. Es wird ja immer gesagt, wie wichtig die ehrenamtliche Hilfe sei, aber koordiniert wird anscheinend gar nichts.

Rote Krähe: Wie würdest Du die momentane Situation in einem Satz beschreiben, aus Deiner Sicht?

Inge Krämer: Die Ehrenamtler übernehmen viel Arbeit, werden aber von der Stadt nicht im erwünschtem Rahmen unterstützt. Oder kurz gesagt: Menschlichkeit vs. Bürokratie!

Das Interview führte Stephan Hagemes

Zur Zeit laufen in der Gebäudereinigung Tarifverhandlungen

Hiervon sind 600.000 Beschäftigte betroffen, die in dieser Branche arbeiten. Die Bezahlung ist miserabel. Die IG BAU fordert 80 Cent mehr pro Stunde für die unteren Lohngruppen und 6,4 % für die Lohngruppen 2 bis 9. Außerdem wird mit Nachdruck gefordert, dass gegen die Leistungsverdichtung in der Branche tarifliche Regelungen vereinbart werden.



Die Kolleginnen und Kollegen der IG BAU haben verschiedene Fraktionen im Rathaus besucht und zur Solidarität mit den Reinigungskräften aufgerufen. Hier bei DIE LINKE

Griechenland Zum Demokratievers

Faule Deutsche, fleißige Griechen

„Nach OECD-Angaben wurden in Deutschland 2014 im Durchschnitt 1371 Stunden gearbeitet. In Griechenland betrug die mittlere Jahresarbeitszeit hingegen 2042 Stunden. Die fleißigen Deutschen haben übrigens von allen OECD-Ländern die kürzeste jährliche Arbeitszeit. Die Griechen hingegen werden in der OECD-Statistik nur noch von den Mexikanern und Costa Ricanern übertroffen. Und wie lange wird in der Woche gearbeitet? In Deutschland kommt man, Vollzeit- und Teilzeitjobs gleichzeitig betrachtet, im Schnitt auf 35,3 Stunden Arbeit in der Woche. In Griechenland sind es hingegen 41,9.“

Wolfgang Pomrehn, Faule Deutsche, fleißige Griechen <http://www.heise.de/tp/news/Faule-Deutsche-fleissige-Griechen-2752738.html>

„Reiches Deutschland betreibt peinliche Schuldenpolitik“

„Schließlich wirkt es peinlich, wenn das reiche Deutschland vom (abgesehen von den Oligarchen) armen Griechenland aktuell die Rückzahlung der Schulden verlangt, selbst aber nicht bereit ist, über eine Rückzahlung des Zwangskredits, den NS-Deutschland von Griechenland im Krieg erhoben hat, auch nur zu sprechen.“

(Gesine Schwan, Vorsitzende der SPD-Grundwerte-Kommission, Der Spiegel, 17. März 2015) zitiert nach faktencheck hellas

„Humanitäre Argumente in Brüssel offenbar ungültig!“

Die Griechen verhandeln um ihr Leben...Auf dem Tisch liegt für sie die Zukunft von Generationen. Nur ist diese Betonung des Humanitären kein hinreichend überzeugendes Argument in den Räumen der hohen Brüsseler Beamten – die EU-Diplomaten und die neue griechische Regierung sprechen ganz unterschiedliche Sprachen.“

(Margarita Tsomou, Missy-Magazin, Die Zeit, 17. Februar 2015) zitiert nach faktencheck hellas

„Bei Griechenland die Lehren aus der Weimarer Republik ziehen!“

„Wenn man die Lehren aus der Weimarer Zeit ziehen will, dann darf man ganze Völker nicht in eine solche katastrophale Lage laufen lassen, dass nur noch die rechten Rattenfänger davon profitieren. Ich habe manchmal den Eindruck, man behandelt die Griechen jetzt ganz besonders hämisch, weil es sich um eine linke Regierung handelt. Damit soll wohl ein abschreckendes Exempel statuiert werden, damit nicht im Herbst auch noch die Spanier in diese Richtung gehen.“

(Antje Vollmer, Bündnis 90/Die Grünen, ehem. Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, in: Taz, Tageszeitung vom 19. März 2015) zitiert nach faktencheck hellas

nd soll in die Knie gehen

verständnis der CDU/CSU – SPD – Koalition

Griechenland soll sich unterwerfen. Dem Land wurde auferlegt, in nur wenigen Tagen eine Reihe von Gesetzen zu verabschieden. Sie wurden weder von Griechen geschrieben, noch basieren sie auf eigenen Beratungen. Demokratie? Die Gesetze wurden von der Troika (IWF, EU-Kommission, EZB) verordnet. In dem Abschlusspapier der „Verhandlungen“, das nach Meinung des früheren Finanzministers Griechenlands, Yanis Varoufakis als „Kapitulationsurkunde Griechenlands“ in die Geschichte eingehen wird, werden die Maßnahmen aufgelistet. Man könne den Text nur „lesen und weinen“, so Varoufakis.

In dem Papier sind Voraussetzungen für eine „mögliche künftige Vereinbarung über ein neues ESM-Programm“ formuliert. Griechenland erhält Milliarden, um sie an die Banken weiterzureichen. In Griechenland bleibt so gut wie nichts.

(<http://www.neues-deutschland.de/artikel/978365.ein-karthagischer-frieden.html>)



Obwohl das Land unbestritten pleite ist, wird so getan, als sei der Staat noch liquide und könnte die Schulden zurückzahlen. Selbst der IWF weiß, dass nur über einen Schuldenerlass eine Erholung der Wirtschaft Griechenlands möglich ist. Und das ist die wichtigste Voraussetzung für die Rückzahlung irgendwelcher Schulden. Jedes „so tun als ob“ erhöht die Schulden Griechenlands und ist verlogen.

Folgend einige wesentliche Inhalte des Abschlusspapiers der „Verhandlungen“ der griechischen Regierung und der EU, die besser Erpressung heißen sollten. Tonangebend war bei diesen „Verhandlungen“ wie gewohnt Deutschland. Das Ergebnis in dem Papier ist bindend für Griechenland:

- Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 23 %. Folge: Je ärmer die Menschen sind, desto mehr sind sie durch die Erhöhung belastet. Reichen hingegen macht die Erhöhung nichts aus. Für die Inseln ist der Wegfall der Mehrwertsteuerrabatte vermutlich nicht zu verkraften. Die Preise werden steigen, das wird sich negativ auf den Tourismus auswirken.

- Einführung verkaufsoffener Sonntage, Regelungen der Schlussverkäufe. Diese Maßnahme dient den großen Handelsketten.

- Renten werden gesenkt. Wiederum sind nur die armen Menschen davon betroffen. In Griechenland, wo es keine Sozialhilfe gibt, sind bei einer Arbeitslosigkeit von 25 % und bei Jugendlichen sogar von über 50 % die RenterInnen häufig die einzigen in der Familie mit einem festen Einkommen. Nicht selten lebt die ganze Familie von einer Rente.

- „Annahme einer Zivilprozessordnung“, mit einer „Beschleunigung von Gerichtsverfahren und Kostensenkungen in erheblichem Maße“. Folge: Zwangsvollstreckungen und Zwangsräumungen werden private Haushalte und Geschäfte vernichten, die Kreditraten nicht bezahlen können. Etliche Familien werden ihre Häuser und Eigentumswohnungen durch Zwangsräumungen verlieren. Die Immobilienpreise werden sinken. Davon profitieren vor allem Reiche.

- „Modernisierung der Verfahren für Tarifverhandlungen, Arbeitskampfmaßnahmen und ...Massenentlassungen...nach einem mit den Institutionen vereinbarten Zeitplan.“ Folge: Rechte der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften werden massiv eingeschränkt.

- „Privatisierung des Stromübertragungsnetzbetreibers (ADMIE)“ Folge: Menschen sind auf Strom, Wasser, Kleidung, Grundnahrungs-

mittel und Wohnraum dringend angewiesen. Strom gehört zur Daseinsvorsorge. Die Strompreise werden steigen, arme Menschen sind besonders betroffen.

- Einrichtung eines „Fonds, der ..Vermögenswerte durch Privatisierung und andere Wege monetarisiert.“ Folge: Öffentliches Eigentum soll privatisiert werden, was den Ausverkauf öffentlichen Eigentums bedeutet.

- „Festlegung politischer Maßnahmen, um die Auswirkungen des Urteils des Verfassungsgerichts zu der Rentenreform von 2012 auf den Haushalt vollständig auszugleichen.“

(<http://faktencheckhellas.org/eurogipfel-heute-druck-und-auslieferung-der-4-ausgabe-von-fch-morgen/>)

Leerstehende Läden, einer neben dem anderen. Folge der von der Troika verordneten Austeritätspolitik. So wie in Preveza, einer kleinen Hafenstadt an der Westküste Griechenlands, sieht es fast überall in Griechenland aus. Ausnahmen sind noch einige touristische Zentren.



chen.“ Folge: Urteile des griechischen Verfassungsgerichtes werden außer Kraft gesetzt.

- „Die Regierung muss die Institutionen zu sämtlichen Gesetzesentwürfen in relevanten Bereichen ...konsultieren und sich mit ihnen abstimmen, ehe eine öffentliche Konsultation durchgeführt oder das Parlament befasst wird.“ Folge: Parlament und Regierung sind entmachtet, die Demokratie ist eine Farce.

- Bei einer Abweichung der Vereinbarung werden weitere automatische Ausgabenkürzungen eingeführt. Das bedeutet eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Armen.

Bei der Durchsetzung der Austeritätspolitik im Interesse des deutschen und europäischen Kapitals geht es vor allem um die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Lohnsenkungen, die Möglichkeit zu Massenentlassungen und Schwächung der Gewerkschaften stärken das Kapital und seine Stellung auf dem Weltmarkt. Das Kapital wird alles daran setzen, einen Erfolg von Syriza zu verhindern, um sich nicht einen Dominoeffekt in anderen europäischen Staaten einzuhandeln. Podemos in Spanien hat bereits gezeigt, wie sehr die konservativen und sozialdemokratischen Parteien des Neoliberalismus um ihren Einfluss bangen müssen. Griechenland darf deswegen nicht Beispiel für weitere Länder werden. An diesem Land soll ein Exempel statuiert werden. Die Medien bei uns spielen mit, es wird ein regelrechtes Griechenland-bashing betrieben. Es wird gelogen, dass sich die Balken biegen. Wir müssen dem etwas entgegensetzen.

Wer sich weiter informieren möchte, sollte sich die bislang vier Ausgaben von „Faktencheck Hellas“ ansehen. H. vdSt.

Mit der Kampagne "Das muss drin sein." hat sich DIE LINKE viel vorgenommen: prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen sollen thematisiert und bekämpft werden.

Das muss drin sein!

10 Jahre nach der Agenda 2010 feiert die Bundesregierung die angeblichen "Erfolge". Aber wie sehen die aus? 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten in prekären Jobs, oft zu Niedriglöhnen! Wirklich neue Jobs sind nicht hinzugekommen.

Das zeigt die Statistik über die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden, die Zahl ist über mehrere Jahre etwa gleich. (Statistische Ämter des Bundes und der Länder.) Es entstanden nur viele Teilzeitjobs.

Ein Drittel der Bevölkerung wird in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gedrängt. Prekär heißt "unsicher" und "unplanbar". Für Viele ist das inzwischen ganz normal geworden: mit dem Lohn nicht über die Runden zu kommen, auch weil Miete, Energieversorgung und das Leben insgesamt immer teurer werden.

Das prekäre Leben hat viele Gesichter - gemeinsam erleben viele Menschen, dass der Alltag immer mehr

zu einer Zumutung wird und sich die Zukunft immer weniger planen lässt! Es sind die persönlichen Erfahrungen vieler Menschen, aber es ist ein gesellschaftliches Problem: Prekariat ist längst fester Bestandteil des flexiblen Kapitalismus geworden.

Wenn die Bundesregierung vom deutschen Erfolgsmodell spricht, dann sind damit auch prekäre Jobs und die unsoziale Kürzungspolitik gemeint! In einem reichen Land werden immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt, ihnen wird der gleiche Zugang zu guter Arbeit, Wohnung, Gesundheitsversorgung und Bildung versperrt. Erwerbslose werden durch die Sanktionen der Jobcenter gegängelt. Menschen mit Behinderungen arbeiten in Werkstätten für Niedriglöhne - für sie gilt der Mindestlohn nicht!

Besonders prekär ist auch die Situation von Flüchtlingen, die um ihr Bleiberecht kämpfen müssen.

M. G.

1. Befristung und Leiharbeit stoppen.

- Viele, vor allem junge Menschen, hängen sich von einem befristeten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung oder landen in Schleifen befristeter Verträge, Scheinselbstständigkeit oder in Werkverträgen ohne Sozialversicherung. Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse, mit denen alle ihre Zukunft planen können.

- Leider hat auch der wochenlange Streik der Beschäftigten der Deutschen Post AG die Gründung der DHL-Delivery nicht rückgängig machen können. Diese GmbH wurde ausschließlich unter Bruch des Tarifvertrages zur Lohn-drückerei gegründet. Bis zu 30 Prozent weniger erhalten die Beschäftigten bei DHL-Delivery für die gleiche Arbeit.

- Der Vorstandsvorsitzende Frank Appel hat sich diese harte Haltung mit einer 30% Gehaltserhöhung auf 9,6 Mio. pro Jahr belohnen lassen. Der Bund hat 20% Anteile an dem Unternehmen. Wir können also davon ausgehen, dass solche Unterschiede politisch gewollt sind.

2. Existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV.

- Es muss Schluss sein damit, dass Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden. Hartz IV dient der herrschenden Politik als Drohung für die, die in Lohn und Brot stehen, um auch sie gegenüber den Unternehmern gefügig zu machen.

- Sanktionen sind verfassungswidrig, so hat das Sozialgericht Gotha entschieden. Erheben Betroffene Widerspruch, haben sie gute Chancen, erfolgreich zu sein. Knapp die Hälfte der Widersprüche gegen Sanktionen sind erfolgreich. Hier in Krefeld hilft das Arbeitslosenzentrum auf dem Westwall 32-34 den Betroffenen. DIE LINKE tritt für die Abschaffung von Hartz IV ein und für eine Mindestsicherung für die Betroffenen und ihre Familien.

3. Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst.

- Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit oder Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen diese Arbeit umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit. Auch in den Gewerkschaften wird das Thema diskutiert. So liegen Anträge für flexible Arbeitszeit-Regelungen z.B. „Kurze Vollzeit für alle“ bei verdi zum Gewerkschaftstag im September vor.

4. Wohnung und Energie bezahlbar machen.

- Wir wollen die zunehmende Verdrängung von Menschen aus ihren Wohnungen durch steigende Mieten, Sanierungskosten und Energiepreise stoppen. Krefeld hatte 2001 noch 17.172 Sozialwohnungen, 2012 waren es nur 6.593. Weitere 1316 Sozialwohnungen sind noch in der Nachwirkungsfrist, d.h die Kredite sind zurückgezahlt, die Wohnungen bleiben aber nach dem Wohnungsbindungsgesetz noch bis zum Fristablauf Sozialwohnungen. Es gibt zwar noch keine Wohnungsnot, die günstigen Wohnungen (5,60 €/qm) sind aber in einem äußerst fragwürdigen Zustand.

- Der Stromtarif der SWK ist im Bundesvergleich einer der teuersten. Immer mehr Menschen sind auch in Krefeld von Stromabschaltung betroffen. Auch hier helfen in Krefeld das Arbeitslosenzentrum auf dem Westwall 32-34 oder die Caritas und andere Sozialverbände den Betroffenen.

5. Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit.

- Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für Kinder, Kranke und Pflegebedürftige hilft nicht nur den Betroffenen und ihren Familien, sondern auch den in diesem Bereich Beschäftigten in ihrem Kampf gegen Arbeitsüberlastung. Wer sich un- oder unterbezahlt um Kinder, Kranke oder pflegebedürftige Menschen kümmert, gerät schnell an die Belastungsgrenzen. Die bundesweite Aktion „Pflege am Boden“ hat es auf den Punkt gebracht: Durch die enorme Zunahme der Arbeit bei gleichzeitigem Personalabbau sind die Belastungen unerträglich geworden. Erstmals haben Beschäftigte für eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen gestreikt (Charité in Berlin). Viele Beschäftigte berichten aus leidvoller Erfahrung über die Folgen des politisch erzeugten Kostendrucks und Personalmangels in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

- Wir haben den Streik der Erzieherinnen und Erzieher, der unter dem Motto „Wir sind es wert“ geführt wurde, unterstützt und werden das auch weiter tun. Die Ablehnung ihrer Forderungen durch die kommunalen Arbeitgeber zeigt, wie wenig diese verantwortungsvolle und hochqualifizierte Arbeit wertgeschätzt wird. Kurz vor Redaktionsschluss wurde am 8. August das Ergebnis der Mitgliederbefragung von ver.di und der GEW bekannt. 69,13 % der KollegInnen von ver.di und 68,8 % von der GEW lehnten den Schlichterspruch ab. Damit ist der Weg frei die Weiterführung des Arbeitskampfes im Sozial- und Erziehungsdienst. Wir wünschen den Beschäftigten ein Ergebnis, das deutlich besser ist, als die Empfehlung der Schlichtung.



Aktuelle Informationen und auch ein PDF dieser Roten Krähe auf unserer Internetseite:

www.dielinke-krefeld.de

Impressum: V.i.S.d.P:
Heidrun von der Stück
Alte Linner Straße 85,
47799 Krefeld
(02151) 783 33 75

Wir wollen diese Zumutungen des prekären Arbeitens und Lebens nicht einfach hinnehmen, wir wollen uns gemeinsam wehren! Als linke Partei laden wir alle ein, gemeinsam Druck zu machen für das, was in einem reichen Land selbstverständlich sein sollte.

Aus dem Erfurter Programm

„Wir wollen einen aktiven Sozialstaat, der die Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall, Pflegebedürftigkeit und Behinderung sowie Erwerbsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit solidarisch absichert, vor Armut schützt und im Alter ein selbstbestimmtes Leben in Würde garantiert. Wir setzen auf die finanzielle Förderung der Selbstorganisation aus öffentlichen Mitteln, insbesondere der Erwerbslosen. Sozialstaatliche Leistungen müssen auf individuellen Rechtsansprüchen beruhen, um patriarchale Abhängigkeiten und behördliche Willkür zu verhindern.“